

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik  
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach 189  
1045 Wien  
T 0590 900DW | F 0590 900269  
E [up@wko.at](mailto:up@wko.at)  
W [wko.at/up](http://wko.at/up)

Per E-Mail an:  
[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/223/Hü/DK	3007	31.07.2020
	DI Claudia Hübsch		

## Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich - Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die WKÖ bedankt sich für die Übermittlung des Konsultationsentwurfs „Tarife 2.1 - Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich“ und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Ausgangspunkt der Diskussion der Änderungen für die Systemnutzungstarife liegen in der derzeit stattfindenden Transformation des Elektrizitätssystems. Bereits Ende 2015 wurde von der Regulierungsbehörde E-Control Austria (ECA) dieser Diskussionsprozess begonnen.

Aufgrund von Veränderungen und zusätzlichen Erfahrungen sowie zur Abbildung der neuen europäischen Vorgaben des „Clean Energy For All Europeans“-Pakets (CEP) wurde nun das Positionspapier grundlegend überarbeitet und die **Konsultation „Tarife 2.1“** gestartet.

Hintergrund dafür waren (und sind auch heute noch) die Herausforderungen an den effizienten Betrieb eines Verteilnetzes, die sich durch die steigende dezentrale Erzeugung, die immer größer werdende Anzahl von mitunter netzbelastenden Abnehmern wie E-Autos und Wärmepumpen aber auch „smarte“ Entwicklungen (z.B. Demand Response) ergeben haben.

Vor allem die Entwicklung der dezentralen Erzeugung und der Trend zur Eigenversorgung durch kleine PV-Anlagen und deren Auswirkungen auf die Netzkostentragung und Systemstabilität stellen bisherige Ansätze und Regelungen zur fairen Kostenteilung zwischen den unterschiedlichen Netznutzern in Frage. Auch die Entwicklung am Regelenenergiemarkt führen zu bedeutenden Kostensteigerungen, was sich auf die Systemdienstleistungsentgelte auswirkt.

## I. Allgemeines

Im Vergleich mit der Konsultation „Tarife 2.0“ bleiben die strukturellen Änderungsvorschläge im Großen und Ganzen gleich:

1. Das Netzbereitstellungsentgelt (als Teil des Anschlussentgelts) soll entfallen und durch einen Pauschalanteil beim Zutrittsentgelt ersetzt werden. *(Abschnitt 2)*
2. Alle Kunden sollen lastgemessen abgerechnet werden; dies setzt den Abschluss der Ausrollung von Smart Metern voraus. *(Abschnitt 3)*
3. Beim Netzverlustentgelt wird kein Änderungsbedarf gesehen. *(Abschnitt 4)*
4. Beim Systemdienstleistungsentgelt (SDL) erfolgte aufgrund der EBGL-Verordnung EU/2017/2195 (European Balancing Guideline) in der Zwischenzeit schon die Umstellung auf unionsrechtskonforme Verrechnung (in der Version 2.0 wurde dies erst angekündigt). Nunmehr werden sämtliche Kosten der Vorhaltung der Sekundärregelleistung über das SDL verrechnet werden (davor: 78% der Gesamtkosten der Sekundärregelreserve). *(Abschnitt 5)*
5. Das Messleistungsentgelt soll in die Leistungskomponente des Netznutzungsentgelts integriert werden; dies setzt den Abschluss der Ausrollung von Smart Metern voraus. *(Abschnitt 6)*
6. Bei den sonstigen Entgelten wird empfohlen, dass das Entgelt für Blindleistungsbereitstellung einheitlich hoch sein sollte, wobei sich an der Verrechnungsmodalität nichts ändern soll. Außerdem wird es nicht als erforderlich gesehen, neue Entgeltkategorien im Bereich der sonstigen Entgelte zu schaffen. *(Abschnitt 7)*
7. Bei den weiteren energierelevanten Themen widmet sich ein neuer Abschnitt den Energiegemeinschaften. Diesen soll mit entsprechenden Rahmenbedingungen (lokales Netzentgelt) zum Durchbruch verholfen werden. *(Abschnitt 8.1)*
8. Im Bereich der Schutzwürdigen Kunden sollen keine gesonderten Netzentgelte kommen. *(Abschnitt 8.2)*
9. Die Vereinfachung der Rechnungen wird weiterhin vorgeschlagen. *(Abschnitt 8.3)*

Nicht mehr thematisiert wird die Zusammenlegung von Netzebenen und Netzbereichen, da es hier bei einer Änderung nur zu Nachteilen für die Netznutzer käme.

In mehreren Abschnitten des vorliegenden Positionspapiers wird anhand des Ladens eines E-Autos dargestellt, welche Auswirkungen die geforderten Änderungen auf die Kosten eines Kunden hat. Im Falle der Wärmepumpensysteme oder von PV-Einspeisung fehlt diese Darstellung, um Rückschlüsse auf die Auswirkungen ziehen zu können. Da all diese Anwendungen als Auslöser der Diskussion um die Tarifstruktur zu sehen sind, wäre eine Darstellung der Auswirkungen auf diese Nutzergruppen ebenfalls sinnvoll.

Bei einer Änderung der Tarifierungsstruktur ist darauf zu achten, dass Kostenblöcke nicht einseitig auf andere Verbrauchergruppen überwältzt werden, die nicht für die angeführten Gründe der Neuausgestaltung der Netztarife verantwortlich sind. Wichtig ist, dass das Prinzip der Verursachergerechtigkeit eingehalten wird und die einzelnen Kundengruppen jene Kosten tragen, die sie auch verursachen.

Die in Folge einer Anpassung der Tarifstruktur notwendigen Änderungen im ELWOG und der SNE-VO sollten keinerlei negative Auswirkungen auf das Erreichen der Österreichischen

Klima- und Energieziele haben und damit die gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien konkurrenzieren.

## **II. Im Detail**

### **Zu 2. Anschlussentgelte**

Das Netzbereitstellungsentgelt ist bereits jetzt als Pauschalbetrag für den bereits vorfinanzierten oder eventuell notwendigen Ausbau des vorgelagerten Netzes auf Basis der tatsächlich in Anspruch genommenen Leistung ausgestaltet.

Mit der flächendeckenden Ausrollung von Smart Metern kann es beim gegenwärtigen System zu vermehrten Nachverrechnungen kommen, wenn die tatsächlich in Anspruch genommene Leistung die vereinbarte Anschlussleistung überschreitet. Vorgesehen ist daher, das bisherige Netzbereitstellungsentgelt in das Netzzutrittsentgelt zu integrieren. Hier muss jedenfalls sichergestellt sein, dass diese Pauschale die Aufwendungen für allgemeine kapazitätserweiternde Maßnahmen deckt und eine verursachungsgerechte Zuteilung der Kosten auf alle Netzbenutzer sichergestellt wird.

Offenbar soll dieser Kostenbestandteil „lediglich“ ein Pauschalanteil im Anschlussentgelt sein und demnach nur eine einzige Kostenposition aufscheinen. Bis dato war den meisten Kunden vermutlich der Unterschied zwischen „Bereitstellung“ und „Zutritt“ nicht klar, weshalb diese Änderung die Verständlichkeit der Rechnung erhöht. Wir gehen davon aus, dass sich an der Höhe des Entgelts nichts ändern wird, da diese Kosten kundenspezifisch berechnet werden.

Bereits in der Vergangenheit waren die Netzkunden, die vom Netzbetreiber aufgefordert wurden, Nachzahlungen des Netzbereitstellungsentgelts zu zahlen, nur schwer zu überzeugen, dass sie für bereits getätigte Netzinanspruchnahme nochmals zahlen müssten.

Die nun vorgesehene Einführung additiv zum Netzzutritt einen pauschalierten, am Netzananschluss aufwandorientierten Beitrag einzuheben wird von der WKÖ begrüßt. Begrüßenswert ist, dass die Verrechnung dieser Beträge ausschließlich im Zuge von Umbauten bzw. Erhöhung der Anschlussleistung nachzuverrechnen wären.

Es sollte darauf Bedacht genommen werden, geeignete Übergangsbestimmungen vorzusehen, sodass zumindest bereits über das Netzbereitstellungsentgelt in seiner momentanen Ausgestaltung bzw. die Übergangsbestimmungen gemäß § 55 Abs. 8 und 9 ELWOG erworbene Anschlussleistung nicht nochmals in Rechnung gestellt werden kann. Der Konsultationsentwurf sieht des Weiteren auf hohen Spannungsebenen eine Orientierung des Pauschalentgelts an der Anschlussleistung vor. Die Übergangsbestimmungen sollten ebenfalls festlegen, wie vorzugehen ist, wenn das Netzbereitstellungsentgelt nicht für die volle Anschlussleistung geleistet wurde.

Kritisch zu sehen ist, dass diese neue Pauschale nicht örtlich übertragbar und nicht rückzahlbar ist. Netzkunden sind nicht nur Zahler, sondern haben auch Rechte. Wir haben bereits in unserer Stellungnahme zu „Tarife 2.0“ gefordert, dass eine Übertragung der Leistung (innerhalb des Netzgebiets an andere Rechtspersonlichkeiten) erleichtert werden

sollte. Nun wird daher gefordert, dass eine Übertragbarkeit möglich bleiben muss und bestehende Strombezugsrechte nicht verloren gehen. Wie bereits im Konsultationsdokument angeführt ist es wichtig, dass Kunden, die bisher ein Netzbereitstellungsentgelt entrichtet haben, nicht kalt enteignet werden. Hier muss für die Zukunft ein faires System entwickelt werden. Bisher vereinbarte Kapazitäten müssen auch weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Übertragung eines Teiles der vertraglich und technisch gesicherten und bezahlten Anschlussleistung muss innerhalb des Netzgebietes auch künftig möglich sein.

Begrüßt wird, dass auch Einspeisern der Pauschalanteil verrechnet werden soll, da durch diese künftig noch mehr nicht planbare und mit dem Verbrauch abstimmbare erzeugte Energie in das Netz eingespeist wird, was mitunter Netzausbau erfordern könnte. Damit werden die Kosten verursachungsgerecht getragen. Gleichzeitig soll es zu Begünstigungen bei der Pauschale für Einspeiser kommen, wenn sie Eingriffe durch den Netzbetreiber (Abregelung) zulassen, um Lastspitzen zu verhindern. Damit würde zwar die Ausnützung der Anlagen in der Sommer-Mittagsspitze geringfügig reduziert werden, es könnten aber weitere Anlagen an das Netz angeschlossen werden, wodurch in Summe mehr erneuerbare Energie erzeugt würde.

Im Sinne des zukünftig vermehrten Auftretens von Prosumern sollte außerdem klargestellt werden, dass Anschlussentgelte in vollem Umfang sowohl Bezugs- als auch Lieferleistung abgelten.

### **Zu 3.1 Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Leistungs- und Arbeitsanteilen**

Wie Abbildung 3 in „Tarife 2.1“ zeigt, sind die Leistungsanteile im Vergleich zum Jahr 2017 gestiegen und liegen auf den Netzebenen 3 bis 6 bereits bei plus/minus 40 %, weshalb die Behörde zum Schluss kommt, dass bei diesen Netzebenen keine Änderung der Entgeltsystematik notwendig ist. Dies wird von uns ausdrücklich begrüßt. Es bleibt festzuhalten, dass auch auf NE 1 keine Verschiebung zwischen Arbeits- und Leistungsentgelt stattfinden soll.

Auf der NE 7g (gemessen) wird eine Harmonisierung des prozentuellen Leistungsanteils im Bereich 40 bis 60 % angestrebt. Dies soll die volle Nutzung von Flexibilitäten ermöglichen und wird daher positiv gesehen.

Für die Bemessung des leistungsbezogenen Anteils auf den Netzebenen 3 bis 7 wird bei leistungsgemessenen Kunden das arithmetische Mittel der im Abrechnungszeitraum monatlich gemessenen höchsten viertelstündlichen Leistung herangezogen. Bei nicht leistungsgemessenen Kunden der Netzebene 7 kommt eine jährliche Pauschale von derzeit 36,00 Euro pro Jahr zur Anwendung. Bei diesen Kunden liegt der Anteil des Leistungspreispauschales je nach Jahresverbrauch zwischen 10 und 35 Prozent des Netzentgeltes. Damit fehlen aus Sicht der ECA bei dieser Kundengruppe sowohl verursachungsgerechte Ansätze bei den Netztarifen als auch Anreize für netzdienliches Verhalten.

Um das bestehende Netz möglichst effizient zu nutzen, müssen netzbelastende Spitzen vermieden werden. Dies betrifft etwa das schnelle Laden von Elektrofahrzeugen, Warmwasser-Durchlauferhitzer oder Wärmepumpen. Gleichzeitig profitieren im derzeitigen Entgeltsystem pauschalisierte Eigenproduzenten auf der Netzebene 7 davon, dass mit jeder selbstproduzierten Kilowattstunde ihre eigenen Netzkosten zu Lasten aller Kunden gesenkt werden, obwohl aufgrund der volatilen Erzeugung und des schwankenden Verbrauchs eher

Kostenerhöhungen im Netzbetrieb naheliegen. Um derartige Lastspitzen zu glätten und damit einen kostenintensiven Netzausbau zu vermeiden, sind entsprechende Preissignale durch eine flächendeckende Leistungsverrechnung auch in diesem Tarifikundensegment notwendig.

Dieser Ansatz wird von der WKÖ grundsätzlich unterstützt. Da es dabei aber zu massiven Verschiebungen bei den Netzkosten kommen kann, sollte die Umstellung schrittweise erfolgen und durch entsprechende begleitende Maßnahmen ergänzt werden. Besonders positiv wird der Ansatz gesehen, dass auch Kunden mit (z.B. PV-)Eigenverbrauch oder E-Ladestationen die Kosten für die tatsächliche Inanspruchnahme des Netzes tragen sollen, wodurch einer Entsolidarisierung von Prosumern entgegengewirkt wird. Wenn diese Kunden jedoch ihre Flexibilität zur Verfügung stellen (zeitliche Komponente, unterbrechbarer Tarif oder Tarif mit regelbarer Leistung), sollen sie belohnt werden und könnten mitunter sogar weniger als im derzeitigen System zahlen.

Bei den im Positionspapier analysierten 1.500 Kunden der Netz OÖ GmbH handelt es sich laut Energie-Control fast ausschließlich um Haushalte. Die in den Abbildungen 9 und 11 des Positionspapiers aufgezeigten Kostenauswirkungen durch die Umstellung auf einen leistungsgemessenen Tarif sind daher auch nur für diese Kundengruppe repräsentativ. Um auch die Auswirkungen der Leistungsverrechnung auf Gewerbebetriebe und Landwirtschaften abschätzen zu können, sollte diese Analyse jedenfalls ergänzend für diese Kundengruppen durchgeführt werden. **Dies auch deshalb, weil von der geplanten Tarifänderung in Netzebene 7 rund 95 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen betroffen sein werden.**

Ausgehend von den Systemnutzungsentgelten der SNE-Verordnungsnovelle 2020 hat die ECA unter der Annahme eines konstanten Abnahmeverhaltens aller Kunden folgende neue Tarifierungsansätze errechnet:

Tarifierung Bisher Ebene 7	LP Cent / kW	Pauschale Cent / Jahr	AP Cent / kWh
Netznutzungsentgelt (gemessene Leistung)	4.116	3.144	3,4050
Netznutzungsentgelt (nicht gemessene Leistung)		6.744	4,6500

*Tarife Oberösterreich, SNE-VO 2018 - Novelle 2020*

Um einen hinreichenden Anreiz für eine Verhaltensänderung zu schaffen, wurde ein Leistungspreis von 20 Euro pro kW angesetzt. Daraus errechnet sich unter der Vorgabe der Erlösneutralität ein Arbeitspreis von 4,1074 Cent/kWh.

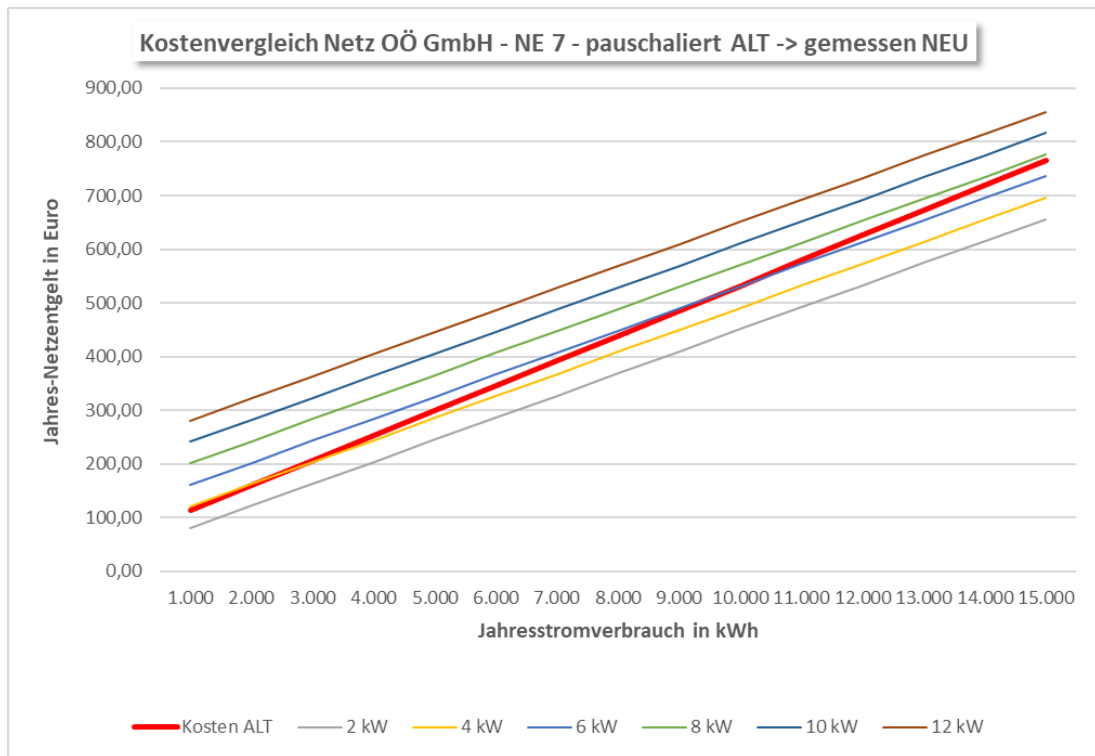
Tarifierung Neu Ebene 7	LP Cent / kW	Pauschale Cent / Jahr	AP Cent / kWh
Netznutzungsentgelt	2.000		4,1074

*Tarife Oberösterreich, erlösneutrale Überleitung aus Tarife 2.1*

Bei der Ermittlung der neuen Preisansätze ist zu hinterfragen, welcher Gesamtanschlusswert für die bisher nicht leistungsgemessenen Kunden angenommen und auf welcher Basis dieser ermittelt wurde. Hinterfragt werden muss auch, ob es sich bei den, in der Tabelle der bisherigen Preisansätze angegebenen Pauschale von 31,44 Euro um den Mittelwert der

bisher verrechneten Messentgelte handelt, die ja nach den Vorstellungen der ECA in das Netznutzungsentgelt integriert werden sollen.

Die folgende Grafik verdeutlicht die Kostenauswirkungen durch Umstellung auf einen leistungsgemessenen Tarif für die Kundengruppe bis 15.000 kWh Jahresstromverbrauch.



*Vergleich der Netzentgelte bis 15.000 kWh Jahresverbrauch nach dem alten und dem neuen Abrechnungssystem*

Tendenziell kann festgestellt werden, dass Kunden mit einem Jahresverbrauch bis 3.500 kWh mit der neuen Tarifierung nur dann geringere Netzkosten haben werden, wenn sie die Leistungsspitzen unter 4 kW halten können. Bei Kunden mit 10.000 kWh Jahresverbrauch liegt diese kostenäquivalente Leistungsspitze bei 6 kW, bei 15.000 kWh Jahresverbrauch bei knapp unter 8 kW.

Die jährlichen Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen im Kleinkundenbereich stellen sich wie folgt dar:

Verbrauch	Kosten ALT	Kosten NEU					
		2 kW	4 kW	6 kW	8 kW	10 kW	12 kW
1.000	113,94	81,07	121,07	161,07	201,07	241,07	281,07
2.000	160,44	122,15	162,15	202,15	242,15	282,15	322,15
3.000	206,94	163,22	203,22	243,22	283,22	323,22	363,22
4.000	253,44	204,30	244,30	284,30	324,30	364,30	404,30
5.000	299,94	245,37	285,37	325,37	365,37	405,37	445,37
6.000	346,44	286,44	326,44	366,44	406,44	446,44	486,44
7.000	392,94	327,52	367,52	407,52	447,52	487,52	527,52
8.000	439,44	368,59	408,59	448,59	488,59	528,59	568,59
9.000	485,94	409,67	449,67	489,67	529,67	569,67	609,67
10.000	532,44	450,74	490,74	530,74	570,74	610,74	650,74
11.000	578,94	491,81	531,81	571,81	611,81	651,81	691,81
12.000	625,44	532,89	572,89	612,89	652,89	692,89	732,89
13.000	671,94	573,96	613,96	653,96	693,96	733,96	773,96
14.000	718,44	615,04	655,04	695,04	735,04	775,04	815,04
15.000	764,94	656,11	696,11	736,11	776,11	816,11	856,11

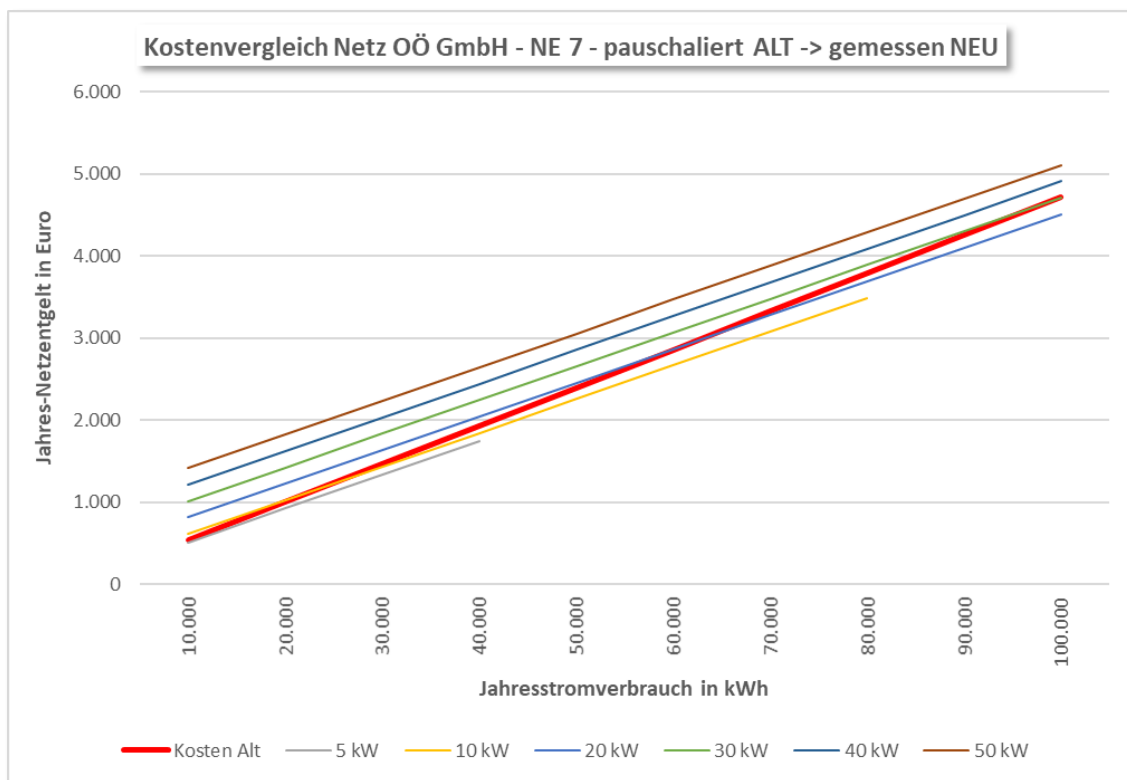
#### *Jährliche Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen im Kleinkundenbereich*

Die Differenz zwischen altem und neuem System zeigt folgende Auswertung, wobei festgehalten werden muss, dass es insbesondere bei sehr geringen Jahresstromverbräuchen zu einer Verdoppelung der Netzentgelte kommen kann, wenn eine Leistung über 8 kW bezogen wird.

Verbrauch	Kosten ALT	Differenz - Kosten ALT - Kosten NEU					
		2 kW	4 kW	6 kW	8 kW	10 kW	12 kW
1.000	113,94	-32,87	7,13	47,13	87,13	127,13	167,13
2.000	160,44	-38,29	1,71	41,71	81,71	121,71	161,71
3.000	206,94	-43,72	-3,72	36,28	76,28	116,28	156,28
4.000	253,44	-49,14	-9,14	30,86	70,86	110,86	150,86
5.000	299,94	-54,57	-14,57	25,43	65,43	105,43	145,43
6.000	346,44	-60,00	-20,00	20,00	60,00	100,00	140,00
7.000	392,94	-65,42	-25,42	14,58	54,58	94,58	134,58
8.000	439,44	-70,85	-30,85	9,15	49,15	89,15	129,15
9.000	485,94	-76,27	-36,27	3,73	43,73	83,73	123,73
10.000	532,44	-81,70	-41,70	-1,70	38,30	78,30	118,30
11.000	578,94	-87,13	-47,13	-7,13	32,87	72,87	112,87
12.000	625,44	-92,55	-52,55	-12,55	27,45	67,45	107,45
13.000	671,94	-97,98	-57,98	-17,98	22,02	62,02	102,02
14.000	718,44	-103,40	-63,40	-23,40	16,60	56,60	96,60
15.000	764,94	-108,83	-68,83	-28,83	11,17	51,17	91,17

#### *Differenz der jährlichen Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen im Kleinkundenbereich*

Ganz ähnlich ist die Situation bei Kunden unterhalb der im ElWOG festgelegten Grenze von 100.000 kWh Jahresstromverbrauch und bis 50 kW Jahresverrechnungsleistung. Auch in dieser Kundengruppe ist unter der Annahme eines niedrigen Stromverbrauchs und hoher Leistungsspitzen eine Verdoppelung der Netzkosten laut folgender Grafik durchaus realistisch.



*Vergleich der Netzentgelte bis 100.000 kWh Jahresverbrauch nach dem alten und dem neuen Abrechnungssystem*

Nachfolgend die jährlichen Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen für Kunden bis 100.000 kWh:

Verbrauch	Kosten Alt	Kosten NEU					
		5 kW	10 kW	20 kW	30 kW	40 kW	50 kW
10.000	532,44	510,74	610,74	810,74	1.010,74	1.210,74	1.410,74
20.000	997,44	921,48	1.021,48	1.221,48	1.421,48	1.621,48	1.821,48
30.000	1.462,44	1.332,22	1.432,22	1.632,22	1.832,22	2.032,22	2.232,22
40.000	1.927,44	1.742,96	1.842,96	2.042,96	2.242,96	2.442,96	2.642,96
50.000	2.392,44		2.253,70	2.453,70	2.653,70	2.853,70	3.053,70
60.000	2.857,44		2.664,44	2.864,44	3.064,44	3.264,44	3.464,44
70.000	3.322,44		3.075,18	3.275,18	3.475,18	3.675,18	3.875,18
80.000	3.787,44		3.485,92	3.685,92	3.885,92	4.085,92	4.285,92
90.000	4.252,44			4.096,66	4.296,66	4.496,66	4.696,66
100.000	4.717,44			4.507,40	4.707,40	4.907,40	5.107,40

*Jährliche Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen für mittlere Kunden*

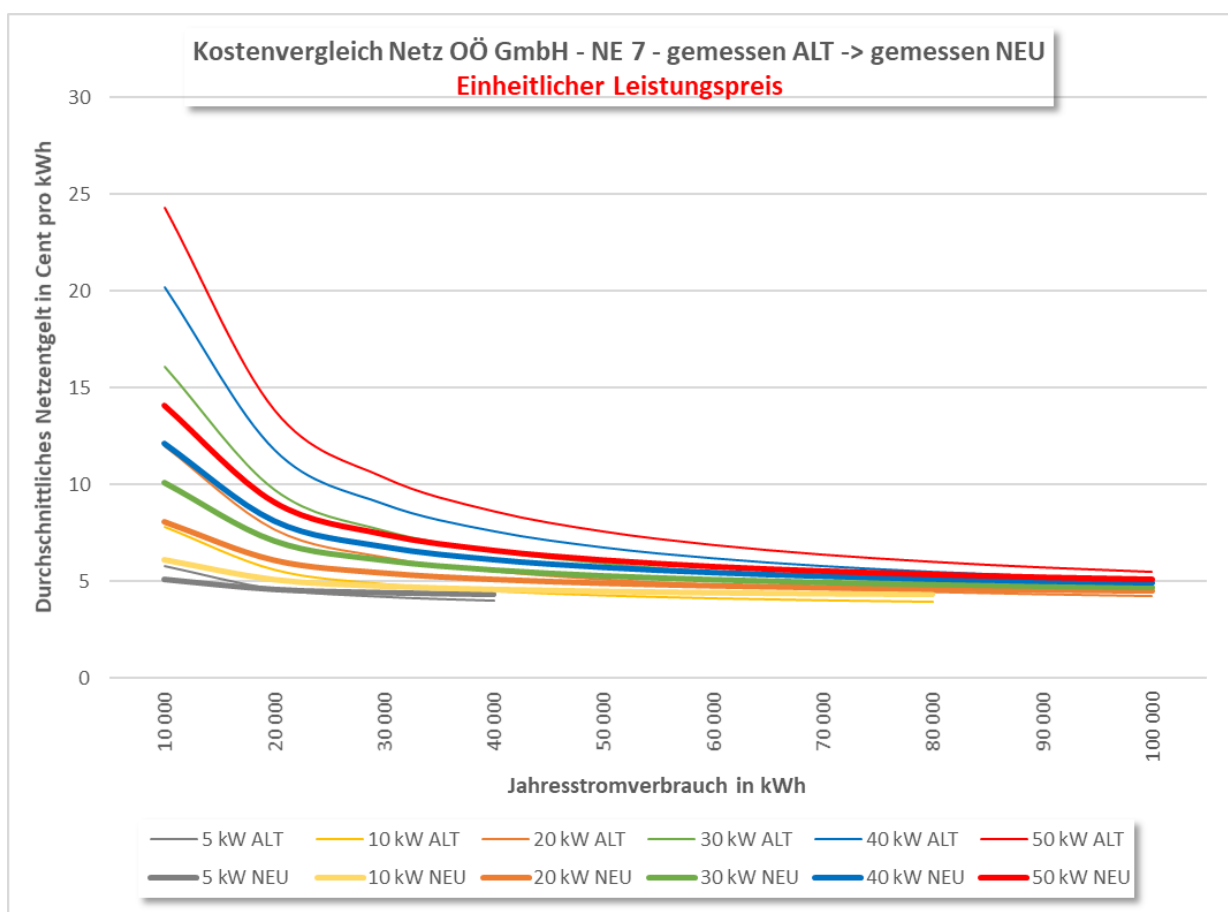
Hier liegt die kostenäquivalente Leistungsspitze bei Kunden mit 50.000 kWh Jahresverbrauch bei knapp 20 kW. Kunden mit 100.000 kWh Jahresverbrauch können knapp 30 kW beziehen, ohne eine Verteuerung der Netzentgelte befürchten zu müssen.



Verbrauch	Kosten Alt	Differenz - Kosten ALT - Kosten NEU					
		5 kW	10 kW	20 kW	30 kW	40 kW	50 kW
10.000	532,44	-21,70	78,30	278,30	478,30	678,30	878,30
20.000	997,44	-75,96	24,04	224,04	424,04	624,04	824,04
30.000	1.462,44	-130,22	-30,22	169,78	369,78	569,78	769,78
40.000	1.927,44	-184,48	-84,48	115,52	315,52	515,52	715,52
50.000	2.392,44		-138,74	61,26	261,26	461,26	661,26
60.000	2.857,44		-193,00	7,00	207,00	407,00	607,00
70.000	3.322,44		-247,26	-47,26	152,74	352,74	552,74
80.000	3.787,44		-301,52	-101,52	98,48	298,48	498,48
90.000	4.252,44			-155,78	44,22	244,22	444,22
100.000	4.717,44			-210,04	-10,04	189,96	389,96

*Differenz der jährlichen Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen bei mittleren Kunden*

Bei Kunden, die schon bisher nach dem Tarif mit gemessener Leistung abgerechnet wurden zeigt der Kostenvergleich, dass insbesondere Kunden mit einer schlechten Netzauslastung zum Teil deutlich günstiger werden. Dies bestätigt unsere Vermutung, dass diese Kunden-Gruppe im Vergleich zu den nicht gemessenen Kunden bisher benachteiligt wurde.



*Vergleich der Netzentgelte bis 100.000 kWh Jahresverbrauch nach dem alten und dem neuen Abrechnungssystem (beide Male Tarif mit gemessener Leistung)*

Verbrauch	Differenz - Kosten ALT - Kosten NEU					
	5 kW	10 kW	20 kW	30 kW	40 kW	50 kW
10 000	-67,00	-172,80	-384,40	-596,00	-807,60	-1 019,20
20 000	3,24	-102,56	-314,16	-525,76	-737,36	-948,96
30 000	73,48	-32,32	-243,92	-455,52	-667,12	-878,72
40 000	143,72	37,92	-173,68	-385,28	-596,88	-808,48
50 000		108,16	-103,44	-315,04	-526,64	-738,24
60 000		178,40	-33,20	-244,80	-456,40	-668,00
70 000		248,64	37,04	-174,56	-386,16	-597,76
80 000		318,88	107,28	-104,32	-315,92	-527,52
90 000			177,52	-34,08	-245,68	-457,28
100 000			247,76	36,16	-175,44	-387,04

*Differenz der jährlichen Netzentgelte für verschiedene Abnahmesituationen bei mittleren Kunden (ALT = Tarif mit gemessener Leistung und NEU = Tarif mit gemessener Leistung)*

Grundsätzlich ist es richtig, die Strom-Systemnutzungsentgelte verursachungsorientiert zu verrechnen. Für die leistungsgemessenen Kundenanlagen unserer Mitglieder ist das ohnehin schon immer Standard.

Da doch erhebliche Verschiebungen bei den Netzentgelten auftreten werden, sollte die Umstellung durch folgende Maßnahmen begleitet werden:

- Die vorgesehene Anhebung der Leistungspreise sollte in mehreren Etappen erfolgen. Die WKO Oberösterreich hat dazu schon vor Jahren vorgeschlagen, bei den jährlichen Anpassungen der Netzentgelte die Leistungskomponente stärker zu betonen.
- Um auch die Auswirkungen der Leistungsverrechnung auf Gewerbebetriebe und Landwirtschaften abschätzen zu können, sollte diese Kundengruppe ebenfalls im Detail analysiert werden.
- Die alternative Variante der ECA, gestaffelte Leistungspreise in Höhe von 20 Euro für die ersten 8 kW der monatlichen Leistungsspitzen und für darüber hinausgehende Kapazitäten 41,16 Euro zu verrechnen, würde die Situation für insbesondere Unternehmen mit höherem Leistungsbedarf noch zusätzlich verschärfen und sollte daher vorerst nicht zur Anwendung kommen.
- Der Ansatz, den Tarif für unterbrechbare Lieferung an die tatsächliche Netzauslastung zu koppeln, wird begrüßt. Dann könnten „schaltbare“ Verbraucher wie Warmwasserboiler, Wärmepumpen, Saunen etc. die notwendige Flexibilität für das Netz bereitstellen.
- Die Tarifumstellung sollte durch Förderungen für notwendige Installationsänderungen ergänzt werden.

### **Zu 3.2 Bestimmung der zu verrechnenden Leistung**

Jegliche Änderung bei der Methode zur Bestimmung der zu verrechnenden Leistung würde zu einem Systembruch führen, der keinen signifikanten Vorteil bringen würde, jedoch eine Minderheit der Netznutzer massiv belasten würde. Wir begrüßen daher, dass zur Ermittlung der zu verrechnenden Leistung unverändert das arithmetische Mittel der im Abrechnungszeitraum monatlich gemessenen höchsten viertelstündlichen Leistung herangezogen wird.

### **Zu 3.3 Auswirkungen von energieintensiven Anwendungen am Beispiel Elektromobilität, Vor-Ort-Speicher, Wärmepumpen, Saunen etc.**

In diesem Abschnitt soll laut Überschrift auf die Auswirkung energieintensiver Anwendungen am Beispiel Elektromobilität, Vor-Ort-Speicher, Wärmepumpen, Saunen etc. eingegangen werden. Detailliert ausgeführt ist jedoch nur das Beispiel eines E-Autos. Andere Standardanwendungen von Einspeisern und Entnehmern sowie die Kombination und Wechselwirkungen (z. B. PV und Wärmepumpen) sollte ebenfalls detailliert ausgeführt und anhand von Beispielen dargestellt werden.

### **Zu 3.4 Flexibilitätsanforderungen in der Entgeltstruktur**

In diesem Abschnitt werden unterschiedliche Möglichkeiten aufgelistet, wie Flexibilität über die Entgeltstruktur beanreizt werden kann. Für diese Szenarien soll in der SNE-V ein tarifliches Gerüst definiert werden. Hier gilt es zu vermerken, dass v.a. Netznutzer auf hohen Spannungsebenen aufgrund ihrer hohen Arbeits- und auch Leistungsbedarfe, sowie individuellen Systemkonfigurationen u.U. über andere Möglichkeiten verfügen systemdienlich zu wirken. Die Möglichkeit systemdienliche Maßnahmen zu beanreizen, sollte daher mit den vorgeschlagenen Optionen nicht abschließend geregelt werden. Vielmehr sollte die Möglichkeit für Nutzer hoher Netzebenen (NE 1-3) bestehen, innerhalb des Rahmens des Gleichbehandlungsgebots vertraglich mit dem Netzbetreiber systemdienliche Maßnahmen und deren Abgeltung zu definieren.

- Ad „Teilnahme am Regelreservemarkt des Regelzonenführers“:
  - Gleichzeitige Abrufe von Redispatch-Maßnahmen und das Anfahren von Pumpspeicherkraftwerken, welche für die wirtschaftliche Optimierung des Übertragungsnetz durch den Pumpbetrieb zusätzlich belasten, sollten untersagt werden. Für den systemdienlichen Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken kann es daher durchaus einen Benefit geben. Jedoch sollte für einen Pumpbetrieb, der nur deshalb erfolgt, weil der Strom in Deutschland billig ist, und der demnach zu einer erhöhten Netzbelastung führt, ein entsprechenden Kostenbeitrag verrechnet werden.
  - Die Engpassmanagementabrufe von österreichischen Erzeugern für den Wirkungsbereich der APG sind nach einem Cost + Fee Modell abzugelten, wobei als variabler Anteil der Herstellungskosten ausschließlich die in Österreich relevanten Spotmarktpreise für Strom, Gas, CO<sub>2</sub>, usw. heranzuziehen sind. Mehrkosten dafür sollten in den Netzentgelten nicht mehr berücksichtigt werden.
  - Kreisströme (z.B. Österreich <-> Italien), hervorgerufen durch physikalisch nicht gerechtfertigten Einsatz von Phasenschiebern, sind zu unterbinden. Die Kosten dafür sollten in den Netzentgelten nicht mehr berücksichtigt werden.

Folgende Zusatzpunkte werden vorgeschlagen:

- **Ausgleichsenergieerduzierung mittels Virtuellem Zählpunkt:**  
Zählpunkte eines Standortes sollten, auch über Netzebenen hinweg, zu einem gemeinsamen virtuellen Zähler zusammengefasst werden können. Ziel dabei sollte es sein, die nach außen in das öffentliche Netz wirksame Ausgleichsenergie innerhalb des Standortes maßgeblich zu reduzieren.

- **Befreiung von Pumpspeicherkraftwerken und H2-Anlagen von den Netzentgelten und Ökostromförderbeiträgen:**

Pumpspeicherkraftwerken wird eine steigende Bedeutung zukommen, um den stark steigenden volatilen erneuerbaren Erzeugungsanlagen - insbesondere in den Sommermonaten - entgegen zu wirken. Umso wichtiger ist es, die variablen Kosten von Pumpspeichern als auch von H2-Anlagen so gering wie möglich zu halten. Die aktuelle Gesetzeslage für Netzentgeltbefreiung gilt bis Ende 2020 (siehe nachstehend). Diese sollte um eine Befreiung des Ökostromförderbetrages erweitert und in Summe verlängert werden.

*Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010, Fassung vom 31.01.2020*

Übergangsbestimmungen § 111:

*(3) Pumpspeicherkraftwerke und Anlagen zur Umwandlung von Strom in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas, die erstmals nach Inkrafttreten dieser Bestimmung bis Ende 2020 in Betrieb genommen werden, haben keine der für den Bezug elektrischer Energie bis Ende 2020 verordneten Netznutzungsentgelte und Netzverlustentgelte zu entrichten*

#### **Zu 4. Netzverluste**

Die Beibehaltung des Netzverlustentgelts für Einspeiser und Entnehmer wird als kostenorientierter Ansatz grundsätzlich unterstützt. Zur besseren Lesbarkeit der Stromrechnung könnte das Netzverlustentgelt für Entnehmer gemeinsam mit dem Netznutzungsentgelt in einer Zeile ausgewiesen werden.

#### **Zu 5. Systemdienstleistungsentgelt**

Die Umstellung auf das neue Verrechnungssystem gemäß EBGL spiegelt sich noch nicht im EIWOG wider. Durch die europäischen Vorgaben werden Netzkunden mit Kosten leider belastet anstatt - wie es in einem europäischen Binnenmarkt zu erwarten wäre - entlastet. Bei der Anpassung wird daher gefordert, dass wieder eine entsprechende Systemkostenbeteiligung der Erzeuger sichergestellt wird und effektive Anreize geschaffen werden, damit den hohen Regelenergiepreisen entgegengewirkt werden kann. Im Zuge der Anpassung besteht laut Behörde auch die Möglichkeit, die Verrechnung der Kosten für die Leistungsvorhaltung (Engpassvorhaltung) zu adaptieren. Auch hier kann die Einbindung weiterer Marktteilnehmer zu Kostensenkungen führen. Wir fordern daher, die Rahmenbedingungen zur Beteiligung derart zu gestalten, dass Industrieunternehmen neben Energieversorgungsunternehmen zu Marktakteuren in diesem Bereich werden.

#### **Zu 6. Messleistungen**

Die Messentgelte werden zu ca. 93 % von Kunden der Netzebene 7 bezahlt. Die Behörde schlägt aus Gründen der Vereinfachung der Netzrechnung und der Rechnungslegung die Integration des Messentgelts in die gemessene Leistungskomponente des Netznutzungsentgelts vor. Diese Integration könnte allerdings erst nach der vollständigen Ausrollung von Smart Metern vorgenommen werden.

Die Diskussion über die Integration dieser Entgeltkomponente in die Netznutzungskomponente wird als nicht verursachungsgerecht erachtet, da dies teilweise zu Kostenverschie-

bungen zwischen den Netznutzern führt. Sofern das Messentgelt über das Netznutzungsentgelt eingehoben würde, kommt es zu einer Verschiebung der Kostentragung von den Einspeisern zu den Entnehmern, da nur diese Nutzergruppe künftig diesen Entgeltanteil zahlen wird. Wir lehnen daher eine Integration des Messentgeltes in die Netznutzungskomponente ab.

Für die WKÖ kommt eine Integration des Messentgeltes in einen anderen Netzkostenbestandteil nur unter der Voraussetzung in Betracht, dass damit sowohl Einspeiser als auch Entnehmer gleichermaßen belastet werden.

Generell wäre noch zu klären, ob die vorgesehene Integration des Messentgeltes nicht zu mehr Intransparenz führt. Die angestrebte Kostenreduktion könnte eher dadurch herbeigeführt werden, indem man auch in diesem Bereich den erforderlichen Wettbewerb zulässt und die Messdienste liberalisiert (Beispiel Deutschland).

### **Zu 7. Sonstige Entgelte**

Ein österreichweit einheitliche Höhe des Entgelts für Blindleistungsbereitstellung wird unterstützt, jedoch sollte der Preis den die Netzbetreiber in Rechnung stellen können, ein maximaler Preis mit Ausnahmen bei netzdienlichem Verhalten sein. Dieses netzdienliche Verhalten könnte z.B. ein bewusstes Überschreiten des induktiven Leistungsfaktors ( $\cos \varphi$ ) sein, um kapazitiven Verbraucher (zB Erdkabel im öffentlichen Netz) entgegen zu wirken. Diese Ausnahmen sollten zwischen Kunden und Netzbetreiber abgestimmt werden.

Aus den Ausführungen zu Entgelten für Blindleistungsbereitstellung geht nicht hervor, ob die gegenteilige Handlung (Blindleistungsbezug) auch einem standardisierten Entgelt (des Netzbetreibers an den Netznutzer) unterworfen werden soll. Wir regen an, dies nicht vorzuschreiben, sondern die Abgeltung dieser Dienstleistung der bilateralen vertraglichen Ausgestaltung zu überlassen.

Neue Entgeltkategorien sind auch aus unserer Sicht nicht erforderlich.

### **Zu 8.1 Erneuerbare Energiegemeinschaften**

Mit der Schaffung der lokalen Energiegemeinschaften soll dem Trend zur Klein- und Kleinstenerzeugung zur Eigenversorgung auf der Verteilerebene Rechnung getragen bzw. soll diese erleichtert werden. Diese Schaffung von Freiräumen wird von uns grundsätzlich unterstützt. Wir sehen es als notwendig, dass die Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass zwar einerseits ein Anreiz besteht, Energiegemeinschaften zu betreiben (lokale Netztarife), aber andererseits darauf geachtet wird, dass die „verbleibenden Kunden“ nicht mit immer höher werdenden Netztarifen belastet werden. Ein lokaler Netztarif (Abschlag bei Arbeitspreis und unveränderter Leistungspreis) könnte beispielsweise in NE 7 die Differenz aus NE 7 minus NE 6 und in NE 6 die Differenz aus NE 6 minus NE 5 sein oder ein einheitlicher prozentueller Abschlag auf den Arbeitspreis.

Die Behörde schlägt ein österreichweit einheitliches lokales Netzentgelt vor; dies wird aufgrund der unterschiedlichen Kostenstrukturen in den einzelnen Bundesländern schwer zu verwirklichen sein. Zu begrüßen ist, dass der lokale Netztarif nur auf den Arbeitsanteil angewendet wird und der Leistungsanteil in gleicher Höhe wie für die „verbleibenden Kun-

den“ sein soll. Damit wird der Entsolidarisierung entgegengewirkt. Eine Energiegemeinschaft ist ja keine „Insellösung“ und ist in Zeiten von zu wenig eigener Erzeugung (Nachtstunden, Dunkelflaute, ...) auf den Strombezug aus dem öffentlichen Netz angewiesen. Für diesen Bezug ist auch das vorgelagerte Netz entsprechend zu dimensionieren, weshalb es dort zu keinen Einsparungen kommt.

### **Zu 8.2 Soziale Aspekte der Tarifierung**

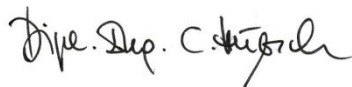
Wir unterstützen, dass soziale Aspekte nicht in den Netzentgelten abgebildet werden. Die WKÖ trägt den Ansatz der ECA mit, die Netzentgelte so auszugestalten, dass sozial schwache Kunden durch die Änderung der Netzentgelte nicht benachteiligt werden. So wie schon bisher erfolgreich praktiziert, sollte diese Kundengruppe durch spezielle Angebote wie etwa kostenlose Energieberatungen oder geförderte Tauschprogramme für Haushaltsgeräte etc. unterstützt werden. Gesonderte Netzentgelte sind aus unserer Sicht auch deshalb nicht erforderlich, weil diese Kundengruppe schon derzeit von allen Kosten für die Förderung von Ökostromanlagen befreit ist.

### **Zu 8.3 Weiterentwicklung von Stromrechnungen**

Die Anregung, auf einem Übersichtsblatt alle fixen und variablen Entgeltbestandteile dem Kunden auf einem Blick sichtbar machen, damit so das eigene Verbrauchsverhalten optimiert werden kann, wird im Sinne des Energieeffizienzgedankens unterstützt; allerdings könnte die Darstellung in Form eines Tortendiagramms ausreichend sein. Je einfacher, desto besser! Um konkrete Energieeffizienz-Aktivitäten auszulösen, sind Online-Tools das bessere Mittel. Generell sollte die Rechnungslegung per Mail oder via Online-Tool erfolgen und die Papierrechnung nur mehr die Ausnahme darstellen. Kosten für die Erstellung und den Versand von Papierrechnungen und Zahlscheinen sollten von der Behörde grundsätzlich nicht mehr als Netzkosten anerkannt werden.

Die Wirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen und steht für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



DI Claudia Hübsch